

FDP im Römer

ZIEL VERFEHLT – AMT FÜR IMMOBILIEN ERBRINGT NICHT ERWÜNSCHTE BESCHLEUNIGUNG

20.08.2018

„Große Hoffnungen hatten wir Freie Demokraten auf das neue Amt für Immobilien gesetzt. Sollte nun doch endlich der Schulbau in Frankfurt deutlich schneller vorangehen. Statt einer Beschleunigung zeichnet sich nun eine weitere Entschleunigung ab, die nicht nur das Gymnasium-Nord eiskalt nach den Sommerferien getroffen hat, sondern nun auch die Vorbereitungen für die neue Oberstufe der Carlo-Mierendorff-Schule pausieren lässt“, erklärt Stefan von Wangenheim, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion.

Die geplante Oberstufe an der Carlo-Mierendorff-Schule soll nun erst im Sommer 2021 fertiggestellt werden. Begründet wird die Verzögerung durch den Verzicht des Siegers der europaweiten Ausschreibung. „Dass die jetzigen 9 und 10 Klässler nicht, wie eigentlich groß angekündigt, ihr Abitur an dem vorgesehenen Oberstufengymnasium machen können, ist schlichtweg ein Skandal. Zwar kann weder das ABI noch Bildungsdezernentin Weber etwas für das plötzliche Abspringen des Bauunternehmens, dennoch hätten die beteiligten Ämter schneller reagieren müssen“, so von Wangenheim und erklärt weiter: „Der Magistrat ist nun dazu aufgefordert, eine Übergangslösung für die Carlo-Mierendorff-Schule zu schaffen, damit die versprochene Abiturmöglichkeit auch für alle Schülerinnen und Schüler bis 2021 gewährleistet werden kann“. Bereits seit Jahren kämpft der Frankfurter Norden für eine Oberstufe, damit die Schülerinnen und Schüler nicht mehr quer durch die Stadt geschickt werden müssten, um ihr Abitur ablegen zu können und somit ein wichtiger Bedarf im Frankfurter Norden abgedeckt wird. „Dass das Amt für Bau und Immobilien bei seiner Entstehung vor fast einem Jahr, vor erheblichen Herausforderungen stand und noch steht, ist uns Freie Demokraten bewusst. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar, warum der Magistrat dieses wichtige Amt

nur mit halbgaren Strukturen ins Leben gerufen hat und das Bildungsdezernat den Anschein erweckt, sich dezent zurückzulehnen zu können, nach dem Motto: Das ABI ist allein für den Schulbau zuständig. Es zeigt sich, dass diese Strategie die Situation an Frankfurts Schulen in keinster Weise entspannt. Für uns Freie Demokraten stellt sich allmählich die Frage, wie lange diese Stadt mit dem höchsten Gut unserer Frankfurter Kinder – der Bildung – derart stiefmütterlich umgehen will“.